



Die ortsnahe, regionale Trinkwasserversorgung sichert unsere Wasserversorgung und die der kommenden Generationen

Unsere Trinkwasserversorgung ist von intakten Ökosystemen abhängig

Nach den trockenen Jahren stellen sich viele die Frage, ob denn unser Trinkwasser dauerhaft sicher ist.

Die Antwort: Wenn wir die bestehenden Möglichkeiten ausschöpfen, die dafür sorgen, dass die örtlichen Ökosysteme genügend und sauberes Wasser zurückhalten hat auch unsere Trinkwasserversorgung eine gute Zukunft.

Der Klimawandel zeigt uns die Sünden der Vergangenheit deutlich auf. Ein „weiter so“ wird nicht funktionieren. Die Niederschläge, die vor Ort zur Verfügung stehen, müssen in der Landschaft gespeichert und nachhaltig genutzt werden. Die rasche Ableitung von Regenwasser unter Vernachlässigung der Versickerung und die Ausbeutung lokaler Wasservorkommen über das Maß der Grundwasserneubildung hinaus verbieten sich genauso wie die Ausbeutung entfernter Wasserressourcen – etwa des Bodensees.

Verschwinden lokaler Wasserversorger:

Jahrzehnterlange Defizite beim Grundwasserschutz und einseitige Förderung von Fernwasser

In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten sind viele lokale Trinkwasserversorgungen aufgegeben worden, weil die Wasserqualität nicht mehr gut genug war. Vor allem die Nitratwerte waren zu hoch. Auch heute noch weisen viele Grundwasserkörper zu hohe Nitratwerte auf, was vor allem auf den Stickstoffeintrag aus der Landwirtschaft zurückzuführen ist.

Sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene ließ es die Politik durch ihre extrem lasche Gesetzgebung und die ebenso lasche Überwachung

der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben zu, dass die chemische Verunreinigung des Grundwassers mit Nitrat trotz des in der EU-Nitratrichtlinie seit 1991 vorgegebenen Grenzwerts für Grundwasser von 50mg/l fortgesetzt werden konnte.

Nach wie vor müssen Wasserversorgungsunternehmen kostspielige Maßnahmen ergreifen, um die Nitratbelastung des Trinkwassers zu reduzieren.

Der zweite Treiber für die Aufgabe lokaler kommunaler Brunnen waren die Sanierungskosten der Wassergewinnungsanlagen, die Gemeinden finanziell stark belasten. Gleichzeitig wurde der Fernwasseranschluss vom Freistaat Bayern massiv subventioniert, sodass viele Kommunen durch die staatliche Förderpolitik zum Fernwasseranschluss getrieben wurden. Dies stellt eine Fehlentwicklung dar, die dringend gestoppt werden muss.

Die Speicherfähigkeit der Landschaft muss wiederhergestellt werden.

Der Klimawandel führt in Bayern tendenziell im Sommer zu abnehmenden Niederschlägen und zunehmend häufigeren und längeren Trockenperioden. Im Winter prognostizieren Wissenschaftler, dass die Niederschläge eher zunehmen. Regional kann es allerdings starke Unterschiede geben.

Für die seit einigen Jahren im Durchschnitt sinkenden Grundwasserpegel sind nicht nur die dem Klimawandel geschuldeten Hitze- und Dürresommer verantwortlich. Fehler der Landwirtschaft spielen dabei ebenfalls eine große Rolle. Das Wasser wird durch Drainagen in Äckern und Wiesen geradezu „ausgetrieben“ Begradigte Bäche und Flüsse erhöhen und beschleunigen den Wasserabfluss. Ackerraine als Wind- und Wasserbremsen

wie auch natürliche Senken als Versickerungskühen wurden beseitigt.

Gerade auch die Verdichtung der Böden aufgrund immer schwererer land- und forstwirtschaftlicher Fahrzeuge und Verarmung der Fauna und Flora durch zu hohe Düngegaben wie der übermäßige Pestizideinsatz haben dazu geführt, dass die Infiltrationsfähigkeit der Böden in Bayern stark abgenommen hat. Das Niederschlagswasser fließt überwiegend oberflächlich ab. Es versickert zu wenig.

Vergleichende Forschungen ergaben, dass auf gesunden, ökologisch bewirtschafteten Böden mehr als die doppelte Menge an Wasser versickern kann, als dies bei konventionell bewirtschafteten Böden der Fall ist. Eine großflächige Umstellung der Landwirtschaft ist zwingend erforderlich, um den Schwund der Grundwasserreserven zu stoppen.

Was für die Grundwasserneubildung gut ist, hilft auch der Landwirtschaft. Auch sie braucht eine Landschaft, in der das Regenwasser zurückgehalten wird. Sie braucht gesunde, humusreiche Böden, die die Niederschläge wie ein Schwamm aufsaugen und damit für Trockenperioden bevorraten.

Der Umbau des Waldes zu klimaresilienten Laubmischwäldern hat positive Auswirkungen auf die Grundwasserneubildung. Jedoch sind die Maßnahmen so durchzuführen, dass der Waldboden geschont wird. Die Verdichtung des Waldbodens durch schwere Maschinen ist unbedingt zu vermeiden. Rückegassen und Waldwege dürfen nicht zu „Wasserautobahnen“ werden. Hier muss umgehend einiges korrigiert werden. Weitere Eingriffe, wie großflächige Holzeinschläge, die zu Auflichtungen führen, haben negative Auswirkungen auf die Grundwasserneubildung und das Waldökosystem. Sie sind zu unterlassen

Trinkwasser sparen, Regenwasser speichern, Prozesswasserkreisläufe schließen

Die Möglichkeiten der Einsparung von Trink- und Grundwasser sind enorm und müssen in allen Bereichen ausgeschöpft werden.

In den Haushalten beispielsweise durch den Einbau von Zisternen und durch die Nutzung von Regenwasser für Toilettenspülung; noch besser durch den Einbau von wasserlosen Urinalen und Trockenrenntoiletten. Wäsche sollte nur mit Regenwasser gewaschen werden. Bei der Gartenbewässerung sollte kein Trinkwasser verwendet werden.

Die entscheidende Maßnahme für die Landwirtschaft, um Wasser im Boden zu halten, ist der Humusaufbau. Die Züchtung von dürreverträglicheren Sorten, wassersparende Bewässerungssysteme und die Nutzung von Regenwasser, dort wo Bewässerung unumgänglich ist, führen ebenfalls zur nötigen Schonung der Ressource Grundwasser zu Bewässerungszwecken.

In der Industrie sind Wasseraufbereitung und Kreislaufführung von Prozesswasser zu intensivieren.

Bei politischem Versagen droht der Verlust weiterer lokaler Wasserversorgungen und zusätzliche Wassernot

Die Bayerische Staatsregierung setzt derzeit leider auf eine völlig falsche Strategie zur Sicherung der Trinkwasserversorgung. Das Umweltministerium hat ein Konzept mit dem Titel „Sicherheit der überregionalen Systeme in der Wasserversorgung“ („SüSWasser“) angestoßen und mit 1 Mio. Euro finanziert, in dem die Bayerischen Fernwasserunternehmen ermittelt haben, wie die Fernwasserversorgung klimaresilient gemacht werden könnte. Die dort beschriebenen Maßnahmen würden Investitionen in Höhe von gigantischen 5 Milliarden Euro in die Fernwasserinfrastruktur auslösen.

Dieses Konzept wurde entwickelt wurde durchgeführt, ohne sich vorher um die Bedürfnisse und Bedarfe der lokalen kommunalen Trinkwasserversorger zu kümmern. Dazu kommt noch, dass man die Wasserbedarfsermittlungen auf der Basis des schlimmsten Szenarios für die Entwicklung der Erderwärmung (RCP8.5) durchgeführt hat.

Die positiven Effekte einer möglichen Verbesserung der Grundwasserneubildung wurden außen vorgelassen. Das ist kurzsichtig und verantwortungslos, weil die Wiederherstellung eines funktionierenden Landschaftswasserhaushalts absolut vordringlich für den Erhalt eines resilienten Ökosystems ist.

Ein zukunftstaugliches Konzept muss seinen Schwerpunkt darauf setzen, was vor Ort getan werden kann und muss. Die bayerische Landesregierung tut dies nicht. Daran können die Absichtserklärungen von Umweltminister Glauber nichts ändern. Leere Worte, die darüber hinwegtäuschen sollen, dass die dringende Aufgabe der Wiederherstellung eines intakten Landschaftswasserhaushaltes nicht angegangen wird.

Fernwasser ist da sinnvoll und notwendig, wo eine Versorgung aus örtlichen Quellen nicht möglich ist. Partielle Ergänzungen des Fernwassernetzes können durchaus sinnvoll sein. Allerdings darf ein Fernwasseranschluss nicht als Vorwand dienen, die erforderlichen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Speicherfähigkeit der Landschaft zu vernachlässigen. Genauso wenig wie die Maßnahmen zur Reduzierung des Trinkwasserverbrauchs übergangen werden dürfen.

Die Stärkung der Resilienz der Landschaft ist die Aufgabe, der der Staat, die Kommunen und die Landnutzer Hand in Hand umsetzen müssen. Bei dieser Transformationsleistung muss der Staat die Kommunen, wie auch die Landnutzer unterstützen. Landwirtschaftliche Flächensubvention ohne Gegenleistung, d.h. ohne die Wiederherstellung eines intakten Bodenökosystems mit der damit einhergehenden Verbesserung der Grundwasserneubildung, muss sofort beendet werden. Wir können nicht darauf warten, bis der letzte Landwirt freiwillig bereit ist, das Notwendige zu tun. Genauso wenig kann es angehen, dass wir mit Fördermitteln die Zerstörung des Landschaftswasserhaushalts unfreiwillig unterstützen.

Im Gegenzug dazu muss der Staat die Landwirte hinsichtlich der Umstellung der Bewirtschaftung intensiv beraten. Förderprogramme müssen so gestaltet werden, dass Ökosystemdienstleistungen ausreichend honoriert werden, damit den Landwirten ein auskömmliches Einkommen gesichert wird. Die lokalen, kommunalen Wasserversorger brauchen die Unterstützung des Freistaates Bayern. Derzeit warten etliche Kommunen, die in ihre Wasserversorgung investiert haben, seit mehreren Jahren auf Fördergelder in Millionenhöhe.

Stiefmütterlich werden diese Kommunen auch behandelt, wenn es um Beratung geht. Besonders in den ländlichen Gemeinden gibt es einen hohen Beratungsbedarf, dem sich die Behörden mancherorts dadurch zu entledigen versuchen, dass sie den Kommunen den Anschluss an einen Fernwasserversorger nahelegen. Damit gehen in der Fläche lokale Ressourcen an Trinkwasser verloren. Es droht ein weiterer Verlust an lokalen Wasserversorgern und damit ein Verlust von Versorgungssouveränität, Resilienz und der Übernahme von Verantwortung für das lokale Grundwasser.

Die Tatsache, dass die derzeitige Bayerische Staatsregierung nicht in der Lage ist, eine nachhaltige Trinkwasserversorgung in Bayern zu sichern, sollte von allen Wählerinnen und Wählern bei der im Ok-

tober anstehenden Landtagswahl berücksichtigt werden.

Wir brauchen dringend ein nachhaltiges Gesamtkonzept zur Sicherung der lokalen und regionalen Trinkwasserversorgung in Bayern.

Renate Götzenberger, 2. IKT-Vorsitzende

Am Rande notiert:

70% Trinkwassereinsparung in privaten Haushalten bei gleichbleibendem Komfort ist möglich!

Der durchschnittliche Trinkwasserverbrauch in privaten Haushalten betrug in Bayern im Jahr 2019 122 l pro Person und Tag.

Durch die Nutzung von Regenwasser für Toilettenspülung und Wäschewaschen, sowie den Einsatz von Wasser sparenden Armaturen verbraucht Gerhard Bauer aus Leutershausen in seinem dreiköpfigen Haushalt lediglich 36 l Trinkwasser pro Person und Tag. Das entspricht einer Einsparung von rund 70 %.

Prof. Markus Disse, Hydrologe TU München in einem Interview zur Sicherung der Wasserversorgung in Bayern

(Bayerischen Fernsehen am 21.07.23):

Frage BR24: „Was muss dafür passieren? Müssen auch die Ministerien vielleicht da enger zusammenarbeiten?“

Antwort Prof. Disse: „Natürlich. Forst- und Landwirtschaft ist ja da der große Player. Die Flächen gehören der Forst- und Landwirtschaft. Da geht es eigentlich wieder zurück von den hochtechnisierten Agrarindustrien hin wieder zurück zu mehr dezentralen Sachen. Weniger Ableiten des Wassers, mehr Versickern lassen des Wassers, weniger schwere Maschinen, Mischwälder. Eine ganze Palette von Maßnahmen sind da möglich. Aber das braucht auch einen starken Willen, um das zu tun.“;



„Die Illusion der unendlichen Wasserreserven“ und die Macht der Lobby

„Die Illusion der unendlichen Wasserreserven“, lautet die Überschrift in der Süddeutschen Zeitung vom 16. August 2023, in dem der SZ- Autor Uwe Ritzer über die „Nationale Wasserstrategie“ berichtet. Auch auf Bundesebene wurde erkannt, dass durch Klimawandel, Versiegelung und steigenden Verbrauch die Grundwasserspiegel sinken und der Wasserstand von Bächen, Flüssen und Seen oft dramatisch abnimmt. In der „Nationalen Wasserstrategie“ werden 78 verschiedene Maßnahmen aufgeführt. Als scheinbar logische Strategie soll Wasser "über Verbund- und Fernleitungen aus nassen Regionen in trockene Gebiete gepumpt werden“. Ein Beispiel dafür sei der Plan des bayerischen Umweltministers Glauber, eine „Spange“ vom Bodensee nach Oberfranken zu bauen. Als sehr problematisch sieht Uwe Ritzer dabei insbesondere die Langwierigkeit dieser Fernwasser-Pläne, aber auch der anderen Maßnahmen, an. Dabei sieht er die größten Hindernisse „im alltäglichen Kleinklein von Politik und Behörden“ und der Tätigkeit von Lobbyisten und bemerkt kritisch **„Die Frage wird sein, ob die Entscheider in Politik und Behörden sich diesem Druck beugen – oder es im Sinne der Wasserversorgung und des Trinkwasserschutzes durchziehen?“**

Ausgehend von den Erfahrungen, die wir als „Interessengemeinschaft Kommunale Trinkwasserversorgung – IKT in Bayern“ seit 1986 unter Beobachtung des politischen Geschehens gewonnen haben, besteht die große Gefahr, dass das Gemeinwohl unter dem Einfluss der Lobbyisten auf der Strecke bleibt.

Insbesondere die Agrarkonzerne im Verein mit den europaweit vernetzten Bauernorganisationen haben sich als starke politische Lobby gegen eine korrekte Umsetzung der Nitrat-Richtlinie aus dem Jahr 1991 gewehrt. 30 Jahre hat es gedauert, bis die hohen Strafdrohungen seitens der EU- Kommission die deutsche Bundesregierung und mit ihr die Bundesländer zur heute noch bekämpften Umsetzung der Nitrat-Richtlinie gebracht haben.

Auch die wirtschaftlichen, rein profitorientierten Interessen der Mineralwasserfirmen, hinter denen sich meist national wie international agierende Handelsfirmen verbergen, haben bisher verhindert und verhindern weiterhin, dass dem Trinkwasser-

schutz und dem Schutz der Gewässer im Sinne des Gemeinwohls Vorrang vor allen anderen Nutzungen eingeräumt wird.

Ein weiteres negatives Beispiel ist die Nicht-Umsetzung der seit dem Jahr 2000 gültigen europäischen Gesetzgebung in der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie WRRL, die den gesamten Wasserhaushalt und damit vor allem auch den beklagenswerten Zustand unseres Grundwassers berührt. Wie im Artikel der SZ beschrieben, müssen unsere Bäche und Flüsse, die vor allem durch Aufstau und versteinte Ufer in einem beklagenswerten Zustand sind, dringend renaturiert werden. Durch die in dieser Wasserrahmen-Richtlinie geforderte „fischbiologische und morphologische Durchgängigkeit“ soll vor allem das millionenfache Fischsterben wie der Aufstau der Bäche und Flüsse beendet werden. Dass die Stauseenkette wieder in frei fließende, möglichst naturnahe Flüsse verwandelt werden sollen, wird seit zwei Jahrzehnten von einer politisch bestens vernetzte Kleinwasserkraftlobby verhindert, die die zu 90 % bereits aufgestauten Flüsse sogar noch weiter verbauen will. Vor allem die bayrische Staatsregierung will mit aller Macht sogar den letzten freien Alpenfluss, die Salzach, verbauen.

Das Ziel dieser Wasser-Rahmenrichtlinie ist der „Gute Zustand“ von Grundwasser und Gewässern bezüglich Menge wie Qualität. Aber das Erreichen dieses „Guten Zustands“, der bereits 2015 erreicht werden sollte, wurde immer wieder verschoben. Jetzt wird davon gesprochen, dass die Ziele dieser WRRL sogar über die im Jahr 2000 festgesetzte Zielmarke hinaus auch bis 2027 nicht erreicht werden könnten.

Fazit: Wasser, das Lebensmittel NR. 1 für den Menschen und die Lebensgrundlage für Pflanzen und Tierwelt, wird missachtet und den Profitinteressen einiger weniger geopfert.

Das von Uwe Ritzer nicht deutlich genug angesprochene Problem ist, dass von den Parlamenten bzw. Regierungen Gesetze bzw. Verordnungen beschlossen wurden, die den Zielen dieser „Wasser-richtlinie“ widersprechen, naturwissenschaftliche Erkenntnisse nicht berücksichtigen oder einfach unwirksam bleiben. Z.B. Missachtung der ökologischen Schäden durch Wasserkraftanlagen, unge-

nügender Schutz von FFH-Gebieten und umgekehrt finanzielle Begünstigung von Kleinwasserkraftanlagen im Erneuerbaren Energie Gesetz. Ebenso ungenutzt wurden die EU-Nitrat-Richtlinie jahrzehntelang missachtet, wie die IKT wiederholt im IKT-Info-Dienst beklagt hat. Zuletzt bei der dubiosen Verringerung der mit Nitrat belasteten „roten Gebiete“.

All dies geschah, weil sich jeweils mächtige Lobbygruppen durchsetzen konnten, deren Vertreter:innen in den Parlamenten dann in "organisierter Verantwortungslosigkeit" die notwendigen Gesetze verwässert oder sogar gänzlich verhindert haben.

Auch in Zukunft werden die Forderungen, ja auch Bitten der Naturschutzverbände oder die dringenden Appelle der Wissenschaft nichts bewirken, solange sich die jeweilige Parlamentsmehrheit immer wieder dem Willen der Wirtschaftsinteressen oder den Wünschen der Lobbyorganisationen beugt. Vielleicht bedarf es wie beim plötzlichen Atomausstieg großer Katastrophen, die der Bevölkerung große Schrecken einjagen, damit sich die politisch Verantwortlichen in Bundesregierung wie in Länderregierungen dem Druck beugen und erst dann aus Angst vor dem Machtverlust Gesetze zum Schutz der Menschen wie der Natur beschließen.

Es wäre vor allem im regenarmen Franken schlimm um unsere Zukunft und vor allem die Zukunft unserer Kinder bestellt, wenn von der bayerischen Landesregierung nicht jetzt und sofort die notwendigen gesetzlichen Regelungen beschlossen werden, wie z.B. die Beendigung der "fatalen Gratisentnahmekultur für Großschlucker" wie sie der Autor des SZ- Artikels Uwe Ritzer, so treffend und deutlich benannt hat.

Sebastian Schönauer, IKT-Landesvorsitzender

Rückwärtslaufende Wasseruhren Wegen Manipulation: Staatsanwaltschaft Würzburg erhebt Anklage

(Main Post, 24.8.2023)

Bei einer Begehung zur Bewässerung in der Bergtheimer Mulde östlich von Würzburg im August 2022 entdeckten Andrea Angenvoort-Baier von „Wasser am Limit“ und Reporter des Bayerischen Fernsehens Wasseruhren, die wohl rückwärts liefen, nämlich nach zwei Tagen einen um 1800 Kubikmeter niedrigeren Zählerstand vorwiesen. Jetzt erhebt die Staatsanwaltschaft Anklage gegen den entsprechenden Gemüsebauern wegen

des Verdachts der „Fälschung technischer Aufzeichnungen“.

Während die Staatsanwaltschaft hier keinen Betrug erkennt, da kein Vermögensschaden eines anderen vorliegt, ärgern sich andere Bauern. Durch mehr Bewässerung, vermutlich illegal über die genehmigte Menge hinaus, können höhere Ernten und damit ein höherer Gewinn erzielt werden.

Damit bestätigt sich auch die fehlende Kontrolle durch Wasserwirtschaftsamt und Landratsamt, die schon vorher klarstellten, sie könnten nur „konkreten Hinweisen“ auf Unregelmäßigkeiten nachgehen. Entsprechend wurden diese „rückwärtslaufende Wasseruhren“ nicht von Amts wegen, sondern von der Initiative „Wasser am Limit“ entdeckt.

Brigitte Muth-von Hinten

„Insektenkiller - Wie Chemieriesen unser Ökosystem zerstören“

Wer die Arte-Sendung am 12.9.23 einmal gesehen hat, wird die eindringlichen Bilder und die klaren, wissenschaftlich belegten und politisch explosiven Aussagen nicht mehr vergessen. Die brutale Wahrheit ist, dass es den international agierenden Agrowie Chemiekonzernen wie insbesondere auch der Futtermittelindustrie (feed-industry) hier nur um wirtschaftlichen Erfolg, um brutales Profitstreben geht. Durch den arte-Film „Insektenkiller - Wie Chemieriesen unser Ökosystem zerstören“ können auch bisher nicht-informierte und bisher nicht-engagierte Menschen einen Einblick in die komplexe Materie der toxischen bis hin zur tödlichen Wirkungen, insbesondere der auch in vielen Medien immer wieder als harmlos dargestellten (Acker-) Gifte, bekommen.

Der Film, der leider nur im „Spartenkanal arte“ gezeigt wurde, sollte mit der Bitte „**Unbedingt anschauen und auch weitergeben**“ möglichst vielen Menschen, vor allem unseren Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden. Er könnte auch als Diskussionsgrundlage und Motivation für „politische Naturschutzarbeit“ genutzt werden. Eine möglichst weitgestreute Verbreitung erspart uns als Umweltaktivist:innen viel Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit.

Sebastian Schönauer, IKT Vorsitzender

<https://www.arte.tv/de/videos/098073-000-A/insektenkiller-wie-chemie-riesen-unser-oeskosystem-zerstoeren/>

1000 Trocken Trenn Toiletten

Was geschieht mit der Nahrung, die wir verdauen, nachdem sie unseren Körper verlassen hat? Ist es Abfall, oder eine wertvolle Ressource, die wiederverwendet werden sollte? Und welche Möglichkeiten bestehen, die Ressource zu verwerten?

Diesen Fragen können Menschen in den kommenden Monaten beim von der IKT unterstützten Projekt „1000 Trocken-Trenn-Toiletten“ („1000 TTT“) auf den Grund gehen.

Unser Vorstandsmitglied Jano-Soos-Schupfner engagiert sich seit vielen Jahren für die „Toilettenrevolution“.

Unser derzeitiges Sanitärsystem verschwendet wertvolles Trinkwasser und verbraucht enorme Mengen an Energie. Gleichzeitig entstehen in der Kläranlage klimaschädliche Gase und Klärschlamm, dessen Verwertung extrem schwierig ist, weil er aufgrund der unterschiedlichen Herkünfte der Abwässer mit einem Cocktail an Schadstoffen belastet ist. Umgekehrt werden Stickstoff, Phosphor, Kalium und Kohlenstoff, wertvolle Pflanzennährstoffe, die in menschlichen Ausscheidungen enthalten sind, dem Boden vorenthalten und beispielsweise durch die Verbrennung des Klärschlammes in die Luft geblasen oder in Deponien versenkt.

Und in der Diskussion um sinkende Grundwasserspiegel ist bedeutsam, dass 27 % des kostbaren Trinkwassers, also mehr als 30 Liter pro Kopf und Tag, für die Toilettenspülung verbraucht wird.

Die von Jano Soos-Schupfner ins Leben gerufene Initiative „1000 Trocken-Trenn-Toiletten“ möchte zeigen, dass es möglich ist, menschlichen Ausscheidungen nicht in die Kanalisation einzuleiten, sondern separat zu sammeln und mithilfe eines Verwertungs- und Hygienekonzepts in Dünger umzuwandeln. In Selbstversorger-Gärten kann leicht eine vollständige Versorgung des Gartens mit aus

den menschlichen Ausscheidungen erzeugten Nähr- und Aufbaustoffen erfolgen, **in der Gärtnerei und Landwirtschaft ist dies bisher nicht zulässig**, da die aktuelle Gesetzgebung einen Nährstoffkreislauf blockiert.

Beim Einsatz in der Landwirtschaft wäre es jedoch möglich, ca. 20% des heute noch verwendeten Kunstdüngers zu ersetzen.

Im Landkreis Aichach-Friedberg konnte in einem Vertrag mit der Lokalen Aktionsgruppe Wittelsbacher Land die Unterstützung des Projekts „1000 Trocken-Trenntoiletten“ vereinbart werden.



Dort wollen wir bei Veranstaltungen über die verschiedenen Hygienisierungs- und Verwertungsverfahren informieren. Geplant ist auch eine Präsentation des unterhaltsamen wie informativen Films „Holy shit“ sowie ein Kurs zum Selbstbau von Trockentrenntoiletten.

<https://holyshit-derfilm.de/> , mehr Hintergründe: www.naehrstoffwende.org

Je mehr Menschen positive Erfahrungen mit der hygienischen und nachhaltigen Verwertung ihrer Ausscheidungen machen, umso größer wird die gesamtgesellschaftliche Bereitschaft für eine Sanitärwende, also dem nachhaltigen Umgang mit unseren Ausscheidungen.

Die IKT würde sich sehr freuen, wenn das Projekt viele Nachahmer in weiteren Kommunen und Landkreisen finden würde. Für Rückfragen und Informationen zur Durchführung von Projekten stehen wir gerne zur Verfügung.

Kontakt: Jano Soos-Schupfner:
info@baumhaus-bayern.de



Gesetzesänderungen sind nötig, um Nährstoffkreislauf zu schließen

Kreislaufwirtschaft ist der Schlüssel für nachhaltiges Wirtschaften. Das Know-How ist vorhanden, wie man menschliche Ausscheidungen hygienisieren, problematische Medikamentenrückstände entfernen und wertvollen Recyclingdünger erzeugen kann. Es fehlt jedoch die dringend nötige Anpassung der gesetzlichen Regelungen, um die kommerzielle Verwertung der Inhaltsstoffe menschlicher Ausscheidungen zu ermöglichen. Im Rahmen des Forschungsprojektes „ZirkulierBAR“, das die Möglichkeiten der Verwertung menschl-

cher Ausscheidungen im Rahmen eines Reallabors wissenschaftlich untersucht, wurde das Positionspapier „Recyclingdünger: warum wir eine Anpassung rechtlicher Rahmenbedingungen brauchen, um Wasser zu sparen, Schadstoffe zu reduzieren und Ressourcen zu schonen“ erarbeitet. Es ist unter folgendem Link erhältlich:

<https://zirkulierbar.de/wissen/projektergebnisse/#positionspapiere>



Adressen IKT Vorstand

Landesvorsitzender Sebastian Schönauer,
Setzbornstraße 38,
63860 Rothenbuch,
06094 / 984022, sprecher@ikt-bayern.de

Stellvertretende Vorsitzende:

Renate Götzenberger,
Schalkhäuser Str. 23, 91578 Leutershausen,
09823 / 911 42
Renate.goetzenberger@gmx.de

Gunter Zepter, Ing.grad.agr.
Triesdorf Bahnhof 10,
91732 Merkendorf,
09826 / 655 714,
stellvertreter@ikt-bayern.de

Geschäftsführung und Schriftführer kommissarisch von anderen Vorstandsmitgliedern

Kasse / Mitglieder:

Brigitte Muth-von Hinten,
Steiner Weg 8
97276 Margetshöchheim,
0931 / 463 221
kasse@ikt-bayern.de

Beisitzer:

Andrea Angenvoort-Baier, Hausen b. Würzburg
Helmut Bergmann, Untersteinach
Gerhard Graf von Bernstorff, Niedersteinbach
Roland Hahn, Niedersteinbach
Dr. Otto Heimbucher, Nürnberg
Peter Hirmer,
Janó Soos-Schupfner, Pöttmes

Bankverbindung: IKT, Sparkasse Mainfranken,
IBAN DE06 7905 0000 0150 1021 01,
BIC BYLADEM1SWU

👉👉👉 Inhalt:

- 👉 **Ortsnahe Trinkwasserversorgungen sichern die Zukunft unseres Wassers: Unterstützung Lokaler Wasserversorger, Wasserrückhalt in der Fläche, Wasser Sparen**
- 👉 **Sebastian Schönauer: „Die Illusion der unendlichen Wasserreserven“ und die Macht der Lobby**
- 👉 **Rückwärtslaufende Wasseruhren**
- 👉 **Insektenkiller**
- 👉 **1000 Trocken-Trenn-Toiletten: Wertstoffkreislauf schließen**
- 👉 **Gesetzliche Grundlagen f. Wertstoffkreislauf**
- 👉 **Forderungen der IKT zur Landtagswahl**

Aktuell : www.ikt-bayern.de



Wahltag 8. Oktober 2023



Ist tatsächlich „Bayern in guter Hand“ ?

Was ist nötig für eine gute Wasserzukunft?

Die IKT appelliert an alle Parteien:

Sichern Sie die Zukunft der lokalen Wasserversorgung!

1. Beenden Sie die absurden Planungen für eine gigantische, mehrere Milliarden Euro teure Fernwasser-Beileitung aus dem Bodensee. Diese Pläne sind eine „Vision“, die nur von den dringend notwendigen Maßnahmen ablenkt, die hier und heute umgesetzt werden müssen.
2. Legen Sie ausreichend hoch dotierte Förderprogramme für die lokalen Wasserversorger auf, um die Kommunen bei der Sanierung der vorhandenen Trinkwasseranlagen zu unterstützen.
3. Schaffen Sie in den Wasserwirtschaftsbehörden die erforderlichen Stellen zur Beratung der Kommunen in Fragen des Erhalts ihrer lokalen Trinkwasserversorgung.
4. Sorgen Sie dafür, dass die für die Sanierung der lokalen Trinkwasser-Infrastruktur notwendigen Fördergelder möglichst unbürokratisch und zeitnah ausbezahlt werden.
5. Sorgen Sie dafür, dass die seit Jahren verschleppte Ausweisung ausreichend großer Wasserschutzgebiete endlich zügig durchgeführt wird.
6. Etwaig erforderliche Trinkwasser-Aufbereitungsmaßnahmen aufgrund von Nitrat- bzw. Chemikalienbelastung sind vom Staat gemeinsam mit den Verursachern zu finanzieren.
7. Natur-, Gewässer- und Trinkwasserschutz müssen in allen Abwägungsvorgängen wegen des überragenden öffentlichen Interesses Vorrang vor allen anderen Belangen haben.
8. Stellen Sie umgehend Fördermittel für die Wiederherstellung der Speicherfähigkeit der Landschaft zur Verfügung, z.B. mit Ackerrainen und Retentionsmulden.
9. Legen Sie ein Sofortprogramm zur Förderung der Ökolandwirtschaft auf. Die Programme sind so zu gestalten, dass die Kommunen für besonders grundwasser-schonende Landwirtschaft keine zusätzlichen Gelder mehr aufwenden müssen.
10. Sorgen Sie dafür, dass die Vorgaben der Nitratrichtlinie und der Wasserrahmenrichtlinie endlich eingehalten werden.

Eine neue bayerische Staatsregierung muss sich bei der EU dafür einsetzen, dass rein flächenbezogenen Förderungen der Landwirtschaft, die nicht mit positiven ökologischen Wirkungen verknüpft sind, beendet werden.

